Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend. Abonnementspreis durch die Post inkl. 15 Pfg. Bestellgeld vierteljährlich 80 Pfg., durch die Expedition unter Kreuzband 90 Pfg. Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition: Leipzig, Große Fleischergasse Nr. 14, I. Telephonruf 5044.

Anzeigen: An Gebühren werden von Vereinen und Krankenkassen 15 Pfg., von Privaten 30 Pfg. für die gespaltene Petitzeile oder deren Raum berechnet. Dieselben werden, ausschließlich der Anzeigen, die auf Kosten der betreffenden Zahlstellen Aufnahme finden, nur gegen vorher geleistete Bezahlung angenommen.

Nr. 8. Sonnabend, den 24. Februar 1906. 10. Jahrgang.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

Posta. Die Verhandlungen der Unternehmer mit den unorganisierten Kollegen, bezüglich der Aufstellung eines Tarifes, sind gescheitert. Die Unternehmer haben sich wieder an unsern Verband gewandt. Es stehen demnach neue Verhandlungen bevor. Solange dieselben nicht zum Abschluß gelangen, bitten wir Zuzug nach hier fernzuhalten.

Lindenfels, Bedenkirchen, Elmshausen und **Bensheim.** Die Aussperrung der 192 Verbandsmitglieder bei der Firma Kreuzer u. Böhringer dauert fort. Herr Schmelzle sucht überall Arbeitswillige anzuwerben. Organisierte Kollegen überall, seid gewarnt vor diesem Herrn.

Hardheim. Die Firma Kaiser Steinbruch-Aktiengesellschaft, sucht in verschiedenen Blättern tüchtige Steinmetzen nach Hardheim und Walldürn. Bisher Beschäftigte sind teilweise wegen schlechter Entlohnung abgereist.

Goßmannsdorf. Die Firma Main-Sandsteinwerke ist gesperrt.

Kirchaich-Ebelsbach-Eltmann. Die Vertrauensleute wurden gemaßregelt.

Kappelrodeck. Der Streik dauert fort.

Mackweiler (Unterelsaß). Sämtliche organisierte Kollegen von Mackweiler und Umgebung sind ausgesperrt.

Karlsruhe. Die organisierten Marmorschleifer der Firma K. Gössel wurden entlassen. Platz Rupp und Möller ist gesperrt.

Laufamholz. Die Vorstandschaft wurde gemaßregelt.

Detmold. Platz Jaminet ist gesperrt; wegen Lohnabzug haben die Kollegen die Arbeit niedergelegt. (Kirchenbau.)

Dürkheim. Die Sperre über Platz Fickeisen bleibt bestehen.

Rüthen. Firma Bergenthal gesperrt.

Löbejün bei Halle. Der Werkführer Georg Bauer hat acht Verbandsmitglieder entlassen. Unter den Entlassenen befindet sich auch der Vertrauensmann. Wahrscheinlich sucht nun Herr Bauer in Niederbayern, so aus Metten, Egg, Blaubberg usw., neue Arbeitskräfte heranzuziehen. Es ist Pflicht jedes Granitarbeiters, eventuelle Arbeitsangebote zu ignorieren.

Ueberlingen am Bodensee. Bei der Firma Franz Schmal haben die Kollegen die Arbeit niedergelegt.

Heigenbrücken. Der Platz der Firma Vetter ist wegen Lohndifferenzen gesperrt.

Strehlen (Schlesien). Der Vertrauensmann Bartha wurde bei der Firma Schall gemaßregelt. Grund: weil er wegen Nichteinhaltung der Bundesratsverordnung Anzeige erstattete. Vom Gerichtstermin zurückgekehrt, erfolgte sofort seine Entlassung.

Zuzug nach all diesen Orten ist streng fernzuhalten.

Sozialdemokratie und Gewerkschaften.

III.

Mehr noch als die im Allgemeinen deutschen Arbeiterverein organisierte Lassallesche Richtung der Partei hat ihre marxistische Richtung unter Bebels und Liebknechts Führung sich die Gründung und Förderung der Gewerkschaften angelegen sein lassen. Schon der Genfer Kongreß der Internationalen Arbeiter-Assoziation im Jahre 1866 hatte sich in einer langen Resolution entschieden für die Gewerkschaftsbewegung ausgesprochen. In dieser Resolution hatte es geheißen: „Die Errichtung und Förderung von Gewerkvereinen (= Gewerkschaften soll die Hauptaufgabe des Arbeiterstandes für die Gegenwart und die nächste Zukunft bleiben; abgesehen davon, daß sie den Uebergriffen des Kapitals entgegenwirken, müssen sie lernen, in bewußter Weise als Brennpunkt der Organisation der Arbeiterklasse zu handeln im Interesse ihrer vollständigen Emanzipation." Nach dieser vom Internationalen Genfer Kongreß gegebenen Weisung verhielten sich denn auch die Anhänger der Internationale in den verschiedenen Ländern, und ganz besonders auch ihre deutschen Anhänger.

Liebknecht hatte sofort nach seiner Rückkehr aus dem Londoner Exil die deutschen Arbeiter durch zahlreiche Vorträge mit Wesen und Wirken der englischen Trades unions vertraut zu machen gesucht, und der im Jahre 1868 tagende Nürnberger Vereinstag des Verbandes deutscher Arbeitervereine, der unter Bebels Leitung stand, beschloß, „den Mitgliedern des Verbandes und speziell dem Vororte (Leipzig) aufzugeben, für die Vereinigung der Arbeiter in zentralisierten Genossenschaften (= Gewerkschaften) tätig zu sein". 1869, auf der Eisenacher Tagung, die zur offiziellen Gründung der sozialdemokratischen Arbeiterpartei führte, wurde zunächst — etwas unklar — resolviert, daß „die Gewerkschaften allein die richtige Form für die Arbeitervereine und für die künftige Gesellschaft bilden" und dann die „weitere Bildung von Gewerksgenossenschaften auf internationalen Grundlage" empfohlen. Auch der Stuttgarter Parteitag (1870) forderte dringend zur Stärkung der Gewerkschaften auf.

Die innige Verbindung von Partei und Gewerkschaft in jener Zeit wird auch dadurch illustriert, daß das Publikationsorgan aller von den „Eisenachern" gegründeten Gewerkschaften das Zentralorgan dieser Richtung, der von Liebknecht in Leipzig herausgegebene Volksstaat war, wie das Zentralblatt der Lassalleanischen Gewerkschaften der Schweitzersche Sozialdemokrat war, das Organ des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins

*

Wir schreiben hier keine Geschichte der deutschen Gewerkschaften, und es würde uns deshalb viel zu weit führen, im einzelnen zu verfolgen, wie sich die Lassalleanischen und die „Eisenacher" Gewerkschaften weiter entwickelt haben, wie nach mancherlei Bruderkämpfen im Anschluß an die Vereinigung der politischen Fraktionen in Gotha (1875) auch die Vereinigung der bis dahin getrennt marschierenden Gewerkschaften erfolgte und wie die verschmolzenen Organisationen sich unter allerlei schweren Verfolgungen, die sie gemeinsam mit der politischen Partei zu erdulden hatten, kräftig entwickelten, bis im Jahre 1878 der Gewaltmensch Fürst Bismarck sie und die Partei mit gewaltigem Schlage zu zertrümmern suchte. Formell allerdings wandte sich das Sozialistengesetz nur „gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie", in Wahrheit aber richtete es sich gegen die Emanzipationsbestrebungen der Arbeiter in jeder Form. Wie die politischen Blätter und Broschüren verboten und konfisziert wurden, so erging es auch den Blättern und Broschüren der Gewerkschaften, wie die politischen, so wurden auch die gewerkschaftlichen Organisationen aufgelöst, gleich den politischen wurden auch die gewerkschaftlichen Führer eingekerkert und räudigen Hunden gleich von Ort zu Ort gehetzt. Aber gerade diese gemeinsame Verfolgung verstärkte auch das Zusammengehörigkeitsgefühl zwischen Partei und Gewerkschaften; gemeinsam nahm man den Kampf gegen das Schandgesetz auf, und nur diesem gemeinsamen Widerstande, der dann in gemeinsame Offensive umschlug, gelang es schließlich, das Sozialistengesetz genannte Dokument der Schande zu zerreißen, und seinen schmachbedeckten Urheber mit einem Fußtritte von Berlin nach dem Sachsenwalde zu befördern. Wie Partei und Gewerkschaft während der zwölf Jahre des Ausnahmegesetzes füreinander eintraten, wie die lokalen Fachorganisationen, die man unter allerlei unschuldigen Aushängeschildern von der Mitte der achtziger Jahre an wieder zu gründen vermochte, die Werbebureaus bildeten für die innere Organisation der Partei, wie der Geldsammlungsapparat der Partei bei Streiks in Aktion trat, wie die Parlamentsreden der sozialdemokratischen Abgeordneten die einzige Möglichkeit bildeten, nicht nur die politischen, sondern auch die wirtschaftlichen Beschwerden der Arbeiter in der großen Oeffentlichkeit zu vertreten, wie der erst in Zürich und dann in London von der Partei herausgegebene Sozialdemokrat das eigentliche Kampforgan auch für die Gewerkschaftsinteressen der Arbeiter war: das alles kann hier nur flüchtig angedeutet, nicht aber ausführlich geschildert werden. Den Gewerkschaftlern aber, die sich jetzt von den Sirenensängen der Neutralitätsapostel haben betören lassen, möchten wir raten, den heute plötzlich so gewerkschaftsfreundlich posierenden Herren von den bürgerlichen Parteien die Frage vorzulegen: wo wart ihr denn, als das Sozialistengesetz auf uns lastete? Wo wart ihr, als man uns drangsalierte und niedertrat, uns zu vernichten trachtete? Damals tobtet auch ihr wider uns und trugt eifrig Scheite herbei zu dem Holzstoß, auf dem man uns verbrennen wollte! So bewährtet ihr euch in der Zeit der Not! Damals gingen Tausend von euch „guten Freunden" auf ein Lot! Hebet euch fort von uns, ihr Heuchler und Verräter, ihr seid erkannt in all eurer Falschheit! —

*

Die bürgerliche „Gewerkschaftsfreundlichkeit" datiert von der Mitte der neunziger Jahre. Ihr Zweck ist sehr durchsichtig! Er besteht in nichts anderm, als in dem Versuch, durch Umschmeichlung eines Teiles der Arbeiterbewegung die Arbeiterbewegung als Ganzes zu schwächen und zu lähmen, die Arbeiter einzuschläfern und durch Gewährung von Linsengerichten schmaler Eintagserfolge sie zum Verzicht auf ihr revolutionär-sozialistisches Erstgeburtsrecht zu bewegen. Als man mit der Erstarkung der Gewerkschaften um die Mitte der neunziger Jahre einsah, daß man die Berufsorganisationen der Arbeiter nicht mehr zerschmettern könne, suchte man sie zu — ködern durch Verfälschung ihres innersten und eigensten Wesens. Vom Standpunkt kapitalistischer Politik aus war diese Spekulation gar nicht so dumm — unbegreiflich aber ist, daß so viele Gewerkschaftler, und leider in erster Linie Gewerkschaftsführer, auf den Schwindel hereingefallen sind!

Die Idee, die Gewerkschaften könnten und dürften den verschiedenen politischen Parteien „neutral" gegenüberstehen, geht aus von einer völligen Verkennung des Wesens der politischen Parteien.

Politische Parteien sind doch nicht Gebilde, die hoch über den Klassenkämpfen und wirtschaftlichen Gegensätzen in den Wolken schweben — sie sind vielmehr die politischen Sachwalterinnen ganz bestimmter wirtschaftlicher Klassen. Das Junkertum hat sich seine politische Interessenvertretung geschaffen in der konservativen Partei, die große Industrie in den Freikonservativen und Nationalliberalen. Die Freisinnige Vereinigung vertritt in erster Linie die Interessen des Handels- und Reedereikapitals, während die Interessen des Kleinbürgertums früher in der Freisinnigen Volkspartei, jetzt vornehmlich von den Antisemiten politisch vertreten werden. Und daß auch das Zentrum nur scheinbar, keineswegs aber tatsächlich eine Ausnahme von dieser Regel bildet, das beweist gerade die Geschichte der letzten zehn Jahre, auf deren Einzelheiten wir hier natürlich nicht eingehen können. Mag auch seine Entwicklung unter der Einwirkung des konfessionellen Moments vielfach unklarer, komplizierter verlaufen, als die der andern bürgerlichen Parteien, so ist doch auch das Zentrum eine Partei der Besitzenden.

Wie alle übrigen Klassen, so hat sich auch die Arbeiterklasse eine politische Organisation geschaffen — die Sozialdemokratie! Würde man nun etwa einem Mitgliede des Bundes der Landwirte zumuten, sich politisch der Sozialdemokratie anzuschließen, so würde dieser Agrarier den, der solche Forderung an ihn stellt, für verrückt erklären. Er würde darauf hinweisen, daß die politische Organisation, die seinen Wirtschaftsverband stützen muß, allein die Partei seiner Klasse, die konservative Partei sein kann. Ebenso würden jeder Zünftler oder jedes Mitglied eines Industrieverbandes unter Hinweis auf die politischen Organisationen ihrer Klassen mit Hohnlachen den Gedanken zurückweisen, sie sollten Sozialdemokraten werden. Und das mit Recht! Aber eben so idiotisch ist die Zumutung an dem gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, er solle oder dürfe auch nur sich der politischen Organisation einer seiner Klasse feindlichen Partei anschließen! Wie der Bund der Landwirte seine politische Ergänzung in den Konservativen, wie die Industriellenverbände ihre politische Ergänzung in den Nationalliberalen, so finden die Gewerkschaftler ihre naturnotwendige politische Ergänzung in der Sozialdemokratie!

Es ist tieftraurig, daß man im Jahre 1906 so alte Wahrheiten wiederholen muß, die jeder klassenbewußte Arbeiter, vor allen Dingen aber jeder Arbeiterführer sich längst an den Schuhsohlen abgelaufen haben sollte!

(Schluß folgt.)

Bilder aus dem gegenwärtigen Wirtschaftsleben.

(Schluß.)

So kommen unleugbar die Kartelle für die Arbeiterschaft zunächst unstreitig als Produzenten in Betracht. Und hier muß gesagt werden, daß sie in gewisser Beziehung gut gewirkt haben; durch teilweise Beseitigung der Anarchie auf dem Gebiete der Produktion, durch gewisse Regelung und Festigung derselben, die schon in der bestehenden Wirtschaftsordnung mit den Kartellen und ähnlichen Organisationsformen auf den Plan getreten ist. Die bei diesen zum Teil erforderlichen langfristigen Abschlußverträge bringen gleichfalls ein beruhigendes Moment in die Produktion hinein und wirken lindernd auf die Konjunkturenschwankungen, wenn auch eine völlige Beseitigung derselben durch Kartelle nicht möglich sein kann.

Freilich wird das Bild sofort weniger anmutig, wenn wir uns die Folgen und Begleiterscheinungen der Kartelle in sozialer Hinsicht näher ansehen, durch welche das Proletariat in mehr als einer Beziehung neu getroffen wird. Und das kann ja schließlich auch, wie wir bereits erörtert haben, unter der Herrschaft und Willkür des privatkapitalistischen Unternehmertums nicht anders sein. Wie häufig steht die durch die Kartelle hervorgerufene größere Stetigkeit und Gleichmäßigkeit der Arbeitsverwendung einzig und allein als schöne Formel auf dem Papier, und der Lehrsatz, daß bei den Kartellen Lohnsteigerungen aus verschiedenen Gründen eher möglich seien, zeigt nur selten seine Verwirklichung in der Praxis. Das sind eben nur theoretisch richtige Abstraktionen, die die Macht des interessierten Kapitals nicht berücksichtigen. Es sei nur kurz an die häufigen Produktionseinstellungen erinnert, die fast stets eine Entlassung von Arbeitern im Gefolge haben und die industrielle Reservearmee vermehren; immer größer wird auch mit den Kartellen die Abhängigkeit von einigen Wenigen. Und was Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen betrifft, so wird sich das kartellierte Unternehmertum wohl hüten, derlei aus freien Stücken zu bewilligen. Der Arbeiterschaft bleibt somit nur der Kampf übrig, der aber infolge der ungeheuren, stets wachsenden Kapitalstärke der Kartelle, der Selbstherrlichkeit der Kapitalisten, denen der Nacken durch den umfangreicher werdenden Geldsack, durch gesteigerte politische Macht gesteift wird, immer schwieriger wird. Die ganze jüngste Wirtschaftsgeschichte weist eine Fülle von Beispielen auf. Niederknebelung des Proletariats — das ist die Parole, die in verstärkter Wucht besonders von den im letzten Jahrfünft auf dem Boden der Kartelle erstandenen sogenannten Arbeitgeberverbänden aufgenommen worden ist. Vor keinem Mittel wird zurückgeschreckt, um die koalierte Arbeiterschaft unschädlich zu machen.

Und was ist nun hier die Aufgabe des Proletariats? Wie hat sich die Arbeiterklasse gegen all die Uebergriffe dieser neuerstandenen kapitalistischen Gebilde zu wehren? Kann durch Gesetze des heutigen Klassenstaates hier Abhilfe geschaffen werden?

Gerade diese letzte Frage ist in neuester Zeit im Vordergrund allgemeinsten Interesses, hauptsächlich durch die Mannheimer Tagung des Vereins für Sozialpolitik. Und der Standpunkt, den hier das klassenbewußte Proletariat zielbewußt im Auge zu behalten hat, ist der folgende: Sondergesetze zur Bekämpfung oder gar Beseitigung der Kartelle sind unbedingt abzulehnen, denn der Kampf gegen die Erscheinungen selbst wäre ein Widersinn, ein Verstoß gegen die historische Erkenntnis der Arbeiterschaft! Man vergesse nicht — durch Gesetze bekämpfen kann man ja nur immer bestimmt organisierte juristische Erscheinungsformen. Und an diese sind ja Kartelle und Trusts ihrem innersten Wesen gemäß ja gar nicht fest gebunden. Geht das eine nicht — nun, so tritt die konsequente Entwicklung eben in der Form von Aktiengesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung und vielen anderen komplizierten Unternehmungsformen auf, die dann einfach allgemach die Konkurrenzunternehmen in ihr Bereich hineinziehen würden! Welche Fülle von Umgehungsmöglichkeiten bieten sich! Und die Entwicklung zur Konzentration — will man etwa diese verbieten? Das wäre dann einfach Kampf gegen die Großunternehmung überhaupt, der Blüten treiben würde, würdig denen, die am Wunderbaum der Warenhaus- und Konsumvereinsbekämpfung sprießen.

Fordern muß das Proletariat nur die öffentliche Einsicht in das Finanzgebaren und die Geschäftshandhabung der Kartelle, sowie die staatliche Enteignung jener Kartelle und Syndikate usw., die durch allein herrschendes Monopol Markt und Arbeitsbedingungen gänzlich in ihre Gewalt bekommen. Aber auch hier ist größtmöglichste Vorsicht gegenüber den staatlichen Praktiken angebracht. Wer bürgt denn schließlich dafür, daß dann die Regierung — und man bedenke noch ihre steigende Finanznot — nicht ebensolche Ausbeutungspolitik nach privatkapitalistischen Maximen durchführen würde. Dann wäre man ja um kein Haar gebessert! Man denke nur an die mannigfachen „Musterbetriebe" des Staates, die mit idealen Vorbildern arg wenig Verwandtschaft haben, und an die ganze Schwerfälligkeit und rückständige Bureaukratie, die mit der heutigen Staatswirtschaft anscheinend unlöslich verknüpft sind.

Zu allen diesen Einschränkungen tritt aber schließlich noch als wichtiges Problem hinzu, daß sich die übermächtigen Syndikatsherren nicht so leicht das Heft aus den Händen nehmen lassen werden; hier konzentrieren sich an manchen Punkten Kräfte, die sich in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht ruhig mit der Macht der Regierung mancher kleinen deutschen Staaten messen können, ja häufig an Einfluß weit über ihnen stehen. So lehrt uns das Hibernia-Vorspiel nicht nur bodenlose Ungeschicklichkeit der preußischen Regierung, sondern in erster Linie ihre ganze Hilf- und Machtlosigkeit jenen Riesenkoalitionen gegenüber. Nicht die geringste Aussicht auf veränderte Verhältnisse ist für absehbare Zeit zu erwarten.

Darum muß das Proletariat immer und immer wieder auf den allein gangbaren Weg gewiesen werden: Zur eigenen Kraft, zur Selbsthilfe! Und schon ist diese mächtig erstarkt. Auf der einen Seite reckt die politische Bewegung der Arbeiterklasse, die der heutigen Gesellschaftsordnung überhaupt den Krieg erklärt, den Arm empor, und auf der andern die Gewerkschaftsbewegung, die Abwehrkartelle der Arbeiterschaft, die ihre einzige Ware Arbeitskraft nicht dem Belieben des Unternehmers, der sein erdrückendes wirtschaftliches Uebergewicht infolge des Besitzes aller Produktionsmittel anwendet, unterwerfen will. Also auch hier von seiten der Arbeiterschaft: Ausschalten des „freien" Wirkens von Angebot und Nachfrage, des „freien" Vertrages! Und daraus ergibt sich, daß das klassenbewußte Proletariat die Erscheinung der Kartelle und Trusts als solche nicht bekämpfen kann, da es doch deren Grundprinzip in den eigenen Reihen zu immer stärkerer Machtentfaltung anwendet. Heute ist allerdings das kapitalistische Unternehmertum gegenüber der koalierten Arbeiterklasse noch Sieger auf dem Schlachtfelde des Wirtschaftslebens, denn noch ist diese nicht gefestigt genug. Immer mehr aber dringt zugleich die Erkenntnis in die Reihen des Proletariats ein, daß dem sich konzentrierenden Privatkapital nur beizukommen ist durch die Macht der politischen und gewerkschaftlichen Organisation. Denn nur ein harmonisches Zusammenwirken beider kann den Sieg der Arbeiterschaft beschleunigen, zu dem ihr schließlich am letzten Ende der Kapitalismus selber die Waffen in die Hand drücken wird.

Zum Verbandstag.

Da aus allen Gauen Deutschlands im Fachblatte Berichte erscheinen über den diesjährigen Verbandstag, sehe ich mich veranlaßt, auch einige Worte hierüber zu schreiben. Ich glaube, daß bis jetzt noch kein Kongreß oder Verbandstag die Oeffentlichkeit so beschäftigte, wie die Nürnberger Tagung. Wir haben allerdings zwei wichtige Punkte auf der Tagesordnung stehen, das sind die Anstellung von Gauleitern und die Unterstützungseinrichtungen.

Was die Anstellung von Gauleitern anbelangt, so ist es erfreulich, daß sich bis jetzt noch kein ablehnender Standpunkt bemerkbar gemacht hat. Daß dieser Punkt auf dem Verbandstag Unterstützung finden wird, sind wir gewiß.

Es wird nun zuerst zu untersuchen sein, wo es am notwendigsten ist, solche Beamte anzustellen. Meine Antwort auf diese Frage ist folgende: Es muß zuerst in den Gegenden gearbeitet werden, wo bis jetzt die Organisation überhaupt noch keinen Fortschritt gemacht hat. Ich bin gerade gegenteiliger Ansicht, wie der H. B-n.-Artikel in Nr. 3 des Steinarbeiters. Denn wenn wir den Boden einmal so weit vorgearbeitet haben, wie es der Artikelschreiber wünscht, dann können wir beinah verzichten auf eine besoldete Kraft. (?)

Was nun die Anstellung betrifft, so glaube ich, muß vor allem Württemberg mit dem angrenzenden Baden berücksichtigt werden. Wie notwendig dieses ist, haben die Kollegen schon aus dem Gaubericht Mannheim und aus dem E. U.-Artikel in Nr. 6 des Steinarbeiters ersehen. Nur hat sich der Artikelschreiber in Nr. 6 auf die Bezirke Maulbronn und auf den Heuberg verlegt, aber gerade in der Mitte dieser zwei Bezirke liegt auch noch ein starkes von der Steinindustrie durchsetztes Gebiet. Das ist die Gegend von Pforzheim, Calw, Freudenstadt, Alpirsbach und Schramberg. Es kommen in diesen Gegenden viele Brecher in Betracht, und es wäre für uns gerade ein Vorteil, wenn wir diese Kollegen in den Verband bekommen würden. Ich glaube also, daß kein Gau eher berechtigt wäre für eine besoldete Kraft, als Württemberg, denn der Gauleiter bezahlt sich so gut wie der in Würzburg. Es steht uns vorläufig in diesem großen Steinbruchgebiete keine agitatorische Kraft zur Verfügung. Es laufen überall Klagen ein, daß die württembergischen Kollegen diejenigen sind, welche in anderen Gegenden am meisten zum Lohndrücker werden.

Nun zur Unterstützungsfrage. Was die Erwerbslosenunterstützung anbelangt, glaube ich auch, daß diese Unterstützung für unsern Verband vorläufig zu weitgehend wäre.

Die Zusammenstellung, wie sie unsre Verbandsleitung gemacht hat, mit 20 Pfg. Beitragserhöhung, würde nicht ausreichen, um auch nur eine minimale Unterstützung zu gewähren. Die Leitung hat sich wohl auf ihr statistisches Material gestützt, aber wir haben gerade hier den wunden Punkt, daß diejenigen, welche schließlich bei dieser Unterstützung in Frage kommen würden, am meisten erwerbslos oder arbeitslos gewesen sind und ihre Statistik nicht abgeliefert haben. Deswegen glaube ich kaum, daß wir diese Unterstützung auf längere Zeit aufrecht erhalten könnten, außer vielleicht mit doppelter Beitragserhöhung. Aber das wäre für uns in der Agitation erschwerend.

Dagegen wäre die Krankenunterstützung ohne große Beitragserhöhung durchführbar. Dieselbe ist auch ein gutes Bindemittel für die Agitation. In den ländlichen Distrikten ist diese Unterstützung von großer Bedeutung, hauptsächlich in unserer Gegend.

Es wird nun allerdings schon von verschiedenen Seiten dahingewirkt, jede Unterstützung fallen zu lassen, weil sie ihnen nicht zum Nutzen sei. Da wird den Sandsteinhauern vorgehalten, nur für euch ist die Unterstützung und wir müssen bezahlen. Ja, Kollegen, ist das vielleicht noch Nächstenliebe? Wo bleibt denn da die Kollegialität? Es ist ja traurig, wenn unter Kollegen in einem Verband noch solche Ansichten zutage treten.

Also, Kollegen der Hartsteinbranche, gebt eure Zustimmung zur Krankenunterstützung, und beleidigt nicht noch die Aermsten der Armen.

Stuttgart I. J. E.

Besoldete Gauleiter.

Die Großstädte dürften an der Besoldung der Gauleiter das meiste Interesse haben, wenn man sieht, was für kolossale Mengen Steinmetzarbeiten täglich auf den Güterbahnhöfen ausgeladen werden und in den Häfen große Frachtdampfer voll Granit. Die Maurer versetzen auf den Bauten die Werkstücke, der Steinmetz ist überflüssig, er tritt nur in Tätigkeit, wenn ein Stück zu lang ist, oder sonst noch nachgeputzt werden muß. Wenn der Bau dann richtfertig ist, sind noch Löcher für Schlosser, Klempner 2c. zu hauen, das ist unsre ganze Arbeit hier in Hamburg. Zwei bis vier Steinmetzen machen einen großen Bau fertig. Wir können uns hier schon bald nicht mehr Steinmetz nennen. Flickschuster, wie uns unsre „Arbeitgeber" hier schon nennen, wäre vielleicht der richtige Ausdruck. Woran liegt es nun, daß wir zu Flickschustern degradiert sind? An der Begehrlichkeit der — Regierung, der Hausagrarier und an der Entbehrlichkeit unsrer Kollegen in den Brüchen. Diese Kollegen müssen die anzuliefernden Arbeiten zu Hungerlöhnen herstellen. In den Brüchen muß eine energische Agitation betrieben werden und darf nicht eher ruhen, bis der letzte Mann dem Verbande angehört. Das kann am wirksamsten nur von festbesoldeten Kollegen geschehen. An Agitationsstoff fehlt es fürwahr nicht. Die Großstädter können die Stellung des Vorstandes, Gauleiter anzustellen, nur lebhaft begrüßen. Die Ausführungen im Fachblatte, die hierzu von kompetenter Seite gemacht wurden, haben wohl die meisten Kollegen angenehm berührt. Durch die Macht des Verbandes werden in den Brüchen die Kollegen in die Lage versetzt, ihre Löhne zu erhöhen, das wilde Submissionswesen wird eingeengt, kurzum, unser Verband wird mächtig gestärkt, den Vorteil haben selbstredend die Mitglieder. Die Kostenfrage kann, wie im Steinarbeiter nachgewiesen wurde, nicht maßgebend sein, eventuell gegen eine Besoldung von etwa vier Gauleitern zu stimmen. Wo eine festbesoldete Kraft stets und ständig agitatorisch wirken kann, werden auch Mitglieder gewonnen. Ob da, wie H. B—n. meint, die nötige Vorarbeit erst von anderen geleistet werden muß, bestreite ich ganz entschieden. Vielmehr wird die Tatsache zutreffend sein, daß dort am leichtesten agitatorische Erfolge erzielt werden können, wo überhaupt noch keine Zahlstelle bestanden hat. (Sehr richtig! Redaktion.)

Hoffentlich macht der Verbandstag in Nürnberg ganze Arbeit und beschließt die Anstellung besoldeter Gauleiter. Die Großstädte können einen solchen Beschluß nur gutheißen.

Hamburg. A. H.

Zur Unterstützungseinrichtung.

Nach der Bekanntgabe des Entwurfs seitens des Zentralvorstandes im Steinarbeiter haben sich die meisten Kollegen gegen (?) die Krankenunterstützung geäußert. Der Entwurf des Zentralvorstandes ist aber am existenzfähigsten und ist durch den Kollegen Müller, Hannover, noch in ein besseres Licht gestellt worden. Daß die Notwendigkeit einer weiteren Unterstützung berechtigt ist, darüber brauchen wir uns die Köpfe nicht mehr zu zerbrechen, es ist nur die Frage aufzuklären, welche von beiden vorgeschlagenen Unterstützungen dem Verbande Nutzen bringt. Im Grunde genommen wäre ich gegen jede Unterstützung, wenn die sozialen Verhältnisse überall die gleichen wären, aber das trifft nicht zu. Ich gehe von dem Gedanken aus, daß die Zahl der organisierten Kollegen die Macht noch nicht besitzt, um einen normalen Ausgleich in Stadt und Bruchdistrikt herbeizuführen, und dieser Ausgleich lange auf sich warten läßt, trotz aller Agitation. Hier muß etwas geschehen, daß auch die Kollegen in den Brüchen für den Verband gewonnen werden; aber ohne eine Unterstützung ist das nicht gut möglich. Die Krankenunterstützung wäre da am besten angebracht, weil die Krankenkassen in den Bruchdistrikten gegenüber den Kassen in den Städten noch sehr weit zurück sind und dieses auch in absehbarer Zeit nicht anders wird. Daß die beiden Gaue Mannheim und Würzburg Fortschritte gemacht haben, ist nicht zu leugnen, und ich erkenne auch an, daß es durch intensive Agitation vorwärts geht. In den angegebenen Orten des 14. Gaues sind 3080 Steinarbeiter vorhanden, davon im Zentralverband organisiert 1678; dem Verbande stehen, einschließlich der Christlichen, immer noch 1402 Steinarbeiter entgegen. Diese Fernstehenden hätten auch gewonnen werden können, wenn der Verband Unterstützungseinrichtungen in vorstehendem Sinne gehabt hätte. (?) Ferner: Wie steht es dann mit einer Lohnbewegung? Auch da muß man Rücksicht nehmen. Ich nehme an, einige Orte vom Gau Würzburg treten in eine Lohnbewegung, es kommt zum Streik; wer muß die nicht organisierten oder diejenigen Kollegen, die sich erst während der Lohnbewegung aufnehmen ließen, um nicht Streikbrecher zu werden, unterstützen? Der Verband! Wäre es nicht besser, durch die Krankenunterstützung die Mehrzahl der Kollegen als tüchtige Verbandsmitglieder zu erziehen, damit nicht etwa ein kleiner Prozentsatz jahrelang kämpft für eine bessere Existenz, und ein großer Teil drückt sich und läßt die Mittel zum Streiken durch einen kleinen Teil aufbringen? Auf die Krankenunterstützung muß ich zurückkommen, da von verschiedener Seite behauptet wird, der Kampfcharakter würde durch die Einführung beiseite gedrängt. Wer das glaubt, muß im Gewerkschaftsleben nicht bewandert sein. Wenn das Bedürfnis vorhanden ist, etwas im Verbande einzuführen, so muß es bald geschehen, es darf nicht gewartet werden, bis alle Kollegen über einen Leisten geschlagen sind. Welche Verbände sind am stärksten? Diejenigen, die am meisten Unterstützungseinrichtungen haben. Wenn aber ein Teil der Kollegen, besonders die Hartsteinarbeiter, glauben, bei uns geht es nicht, so müssen wir nach deren Ansicht ganz andre Menschen sein. Nur ein kleiner Beweis, daß eine Unterstützungseinrichtung mehr leistet als man glaubt: Der Fabrikarbeiterverband hat im letzten Jahre 33 500 Mitglieder gewonnen, und dieser Zuwachs ist auf das Konto der eingeführten Erwerbslosenunterstützung zu schreiben. An dem Verbandstage liegt es ja, über das Schicksal des Verbandes zu beraten, und wird derselbe das Beste treffen.

Philipp Kalsch, Erstein.

Halbjahrsbericht des 6. Gaues.

Vorliegender Bericht erstreckt sich auf das zweite Halbjahr 1905. Allgemein muß konstatiert werden, daß auch der 6. Gau, wenn auch nicht sprungweise, so doch immer vorwärts schreitet. Neu gegründet wurden die Zahlstellen Blankenburg, Langelsheim, Lutter am Berge, Leopoldsthal und Hörstel. Mitglieder hatten wir in 21 Zahlstellen am Schlusse des 4. Quartals 810, denen 1411 Unorganisierte gegenüberstehen. In den meisten Zahlstellen gingen die Mitgliederzahlen im 4. Quartal zurück; nur in sieben ist der alte Bestand behauptet. Ganz besonders gut ist in Hasserode agitiert worden, wo die Mitgliederzahl von 48 im 3. Quartal auf 174 im 4. Quartal gestiegen ist. Die Steinarbeiter werden im 6. Gau auf zirka 4000 geschätzt. Nach den angegebenen Zahlen sieht man aber wieder, daß die Zahlstellen die Umgegend nicht genügend berücksichtigen. Nach der Denkschrift kommen im Kreise Holzminden auf 1000 Einwohner 45,7 Steinmetzen und 46,3 Steinbrecher. In diesem Kreise haben wir eine Zahlstelle (Scharfoldendorf), wo 240 Steinarbeiter arbeiten, wovon 19 organisiert sind. In dieser Zahlstelle steht es noch ganz traurig mit den sanitären Verhältnissen wie auch mit dem Verdienst. Bekommt doch ein Steinmetz den horrenden Stundenlohn von 26 Pfg. im Sommer und 23 Pfg.

Der Unglaube an der Schwelle des Todes.

Ein Kollege aus einer schwarzen bayrischen Ecke schreibt uns:

Unter dieser Ueberschrift schreibt ein Mann, anscheinend Geistlicher, in einem bayrischen Zentrumsblatt unter anderm folgendes: „Es hat zu allen Zeiten Menschen gegeben, die ein Seelenleben nach dem Tode als leeren Wahn bezeichneten, doch niemals ist dieser verderbliche Grundsatz im Volke so verbreitet gewesen, wie in unsrer Zeit der Gottlosigkeit und Gottentfremdung. Auch die Sozialdemokraten haben ihn an ihre Fahne geschrieben, ja bei ihnen ist er so recht zu Hause; in den verschiedensten Variationen kehrt er in ihren Schriften wieder und wird in Vereinen und Versammlungen immer wieder vorgepredigt. Das ist ja recht klug von den Führern der roten Internationale; denn haben sie dem Arbeiter den Glauben an Gott aus dem Herzen gerissen, dann ist er reif für die Sozialdemokratie. Dann weiter: Aber im Hirn der Sozialdemokraten ist dieser Grundsatz nicht geboren worden; sondern die Leute im roten Lager sind gelehrige Schüler einer falschen Wissenschaft, die eine Schar gottentfremdeter Männer auf den Lehrstühlen unsrer Hochschulen produziert hat."

Daß es seit Entstehung des Christentums immer Männer gegeben hat, die ein Seelenleben nach dem Tode bestritten, das wissen wir; wir wissen aber auch, daß es heute um die Menschheit anders stünde, hätten es die christlichen Seelenhirten nicht schon im grauesten Mittelalter verstanden, ihre geistliche Gewalt dahin auszunützen, daß sie auch zur herrschenden in weltlichen Dingen wurde. Sie haben es verstanden, ihre Gebote zum Gesetz zu machen; sie stempelten jedes Nachdenken über ihre Dogmen als Todsünde und da sie eben das Heft in Händen hatten, drum mußte jeder Freidenkende als Ketzer mitsamt seinen Schriften verbrannt werden. Das Volk mußte dumm bleiben, es durfte sich seiner Sklaverei nicht bewußt werden, sollte alle jene Menschen, die sich Vorgesetzteneigenschaften anmaßten, als die von Gott eingesetzte Obrigkeit anerkennen und vor ihnen auf den Knien liegen und sollte ihnen das schöne Leben, das sie führten, neidlos gönnen, sich selbst aber mit der Verheißung ewiger Seligkeit zufrieden geben. Da kamen nun die weltgeschichtlichen Ereignisse mit ehernem Schritt und machten den Herren in Kutte und Soutane einen dicken Strich durch die Rechnung. Die Erfindung der Buchdruckerkunst, die Reformation, die Religionskriege; später die französische Revolution, die napoleonischen Kriege mit ihren einschneidenden Umwälzungen und zuletzt etwas mehr Lehr- und Preßfreiheit, nahmen Stein um Stein von dem Gebäude der Macht und Herrlichkeit, das sie sich in früheren Jahrhunderten aufgebaut hatten, und brachten es gewaltig ins Schwanken. In unsern Tagen sieht nun das Volk allmählich ein, von welcher Seite es sein Heil zu erwarten hat; es wird sich klar, daß Selbsthilfe die beste Hilfe ist und danach handelt es. Was das Leben der Seele nach dem Tode betrifft, will ich später darauf zu sprechen kommen. Daß nun gerade die Sozialdemokratie die Religionslosigkeit auf ihre Fahne geschrieben haben sollte, das ist nicht zutreffend; es gibt Menschen, die an keinen Gott glauben, und sind doch keine Sozialdemokraten, und umgekehrt gibt es Menschen, die trotz ihres Glaubens an Gott und Jenseits eben doch Sozialdemokraten sind. Und ist es denn eine Todsünde, Sozialdemokrat zu sein? Noch nie wird es der gute Mann erlebt haben, daß sich die Unternehmer in christlichen Verbänden vereinigt haben, noch nie wird er gesehen haben, daß die Unternehmer nach Gottes Gerechtigkeit oder überhaupt nach Christentum etwas gefragt haben, wenn sie Tausende von Arbeitern aussperrten, wenn sie Hunderte von Arbeitern durch schwarze Listen existenzlos machten und der Not und dem Elend überlieferten; er wird auch noch nicht gesehen haben, daß ein Unternehmer auf Vermittlung von Geistlichen seinen Arbeitern bessere Lebensbedingungen gegeben hat; er wird aber auch das noch nicht erlebt haben, daß die Regierenden etwas nach Gott oder Christentum fragen, wenn es gilt, durch neue Steuern aus dem Volke die sauer verdienten Groschen herauszuzwicken, zur Erfüllung ihrer weltherrlichen Träume. Warum kommt man denn gerade nur immer zum Arbeiter, um ihm Christentum zu lehren? Um seine Gedanken, durch Versprechen ewiger Seligkeit nach dem Tode, von den tatsächlichen Ereignissen abzulenken, um ihn in der Dummheit zu erhalten, um ihn blind zu machen, daß er die Motive nicht erkennt, die die Großen, die Kapitalisten und die Geistlichen veranlassen, gerade die Arbeiterklasse in der Kurzsichtigkeit zu erhalten. Möchten doch diejenigen, die andern Leuten Christentum predigen, selbst einmal Christentum üben; möchten sie doch einmal dem Beispiel eines Jesus folgen und arm unter armen Menschen wandeln, möchten sie einmal von ihren zwei Röcken dem einen geben, der keinen hat. Möchten sie doch bei den Gewaltigen ihr Glück versuchen und ihnen Christentum lehren und mit ihnen die Lage der Arbeiter zu verbessern suchen; statt mit diesen zusammen die Arbeiter zu unterdrücken wo und wie es geht. Aber jene verzichten auf die ewige Seligkeit, sie überlassen für ein schönes Leben auf Erden den Himmel ebenfalls den auf Erden Ausgebeuteten.

Wer reißt nun dem Arbeiter den Glauben aus dem Herzen? Ist es nicht die „Heilige Schrift" selbst mit ihren vielen unlöslichen Widersprüchen und schlüpfrigen Erzählungen? Freilich die Geschichtsforschung, dann die Preß- und Lehrfreiheit sind diesen christlichen Wortführern ein großer Dorn im Auge, weil dadurch auch das arbeitende Volk über die Geschichte der „alleinseligmachenden Kirche" und ihrer Vertreter aufgeklärt wird

im Winter. Wie schwer es ist, in diesen Kreis hineinzukommen, zeigt, daß man auf Briefe keine Antwort bekommt. In Hörstel und Umgegend stehen an einem Gebirgszug von drei Stunden 28 Organisierten 727 Unorganisierte gegenüber. Man könnte noch viele Bezirke anführen, wo die Steinarbeiter in Massen vertreten sind. Soll die Mitgliederzunahme eine stetige sein, dann müssen die Vertrauensleute mit tätig sein, so wie in Hasserode; denn dem Gauleiter allein, der hier oben an der Wasserkante sitzt, ist es nicht möglich, alles so zu bearbeiten wie es wünschenswert wäre. Weiter müssen sich die Vorsitzenden mehr befleißigen im Schreiben, denn es geht nicht, daß der Gauleiter drei- bis viermal schreiben muß, bevor eine Antwort kommt. Von steter Verbindung und lebhaftem Agitieren kann dann keine Rede sein.

Von Lohnbewegungen kann eigentlich nicht die Rede sein, bis auf Brackwede, wo die Kollegen zur Abwechslung im Lohn arbeiten müssen, wenn der Polier nicht nach Tarif rechnen kann.

Die Bundesratsverordnung wird allgemein sehr mangelhaft durchgeführt; ja, in einzelnen Orten sieht man gar nicht, daß überhaupt oben genannte Verordnung existiert. Sechs Beschwerden mußte die Gauleitung einreichen, und zwar zwei nach Göttingen, zwei nach Linden und zwei nach Braunschweig. Bei letzterem Orte konnte ruhig mitgeteilt werden, daß noch genau so traurige Zustände bestehen als wie 1889, wo ich die Gegend durchwandert und auch an mehreren Orten gearbeitet habe.

Es wurden 12 Versammlungen und eine Besprechung abgehalten. Ausgänge hatten wir 158, Eingänge 93. Die Einnahme betrug 432.74 Mark (hiervon sind 50 Mark von der Zentralleitung). Die Ausgabe betrug 226.09 Mark. Es bleibt ein Kassenbestand von 206.65 Mark. Karl Maus.

Bericht der Gaukonferenz des 11. Gaues (Straßburg).

Die Konferenz fand in Straßburg am 4. Februar im Lokale der Glocke statt und wurde nach 10 Uhr von dem Vorsitzenden der Zahlstelle Straßburg, Kollegen Waldhardt, eröffnet. Derselbe wurde auch als erster, Schneider-Metz als zweiter Vorsitzender und Droll-Freiburg als Schriftführer gewählt. Die Tagesordnung wurde folgendermaßen festgesetzt: 1. Bericht der Gauleitung; 2. Bericht der einzelnen Zahlstellen; 3. Taktik bei Streiks und Lohnbewegungen; 4. Organisation und Agitation; 5. Stellungnahme und Anträge zum Verbandstag; 6. Verschiedenes.

Vertreten waren 13 Orte durch 16 Delegierte. Nicht vertreten sind Andlau, Schlettstadt, Pfalzburg, Lützelburg, Lütschenbach, Ueberlingen und Radolfzell. (Genügend scheint somit die Konferenz nicht vorbereitet gewesen zu sein. Red.)

Bevor in die Tagesordnung eingetreten wurde, schilderte Kollege Starke, welcher von der Zentralleitung anwesend war, den Stand der Organisation im allgemeinen. Gewachsen ist die Organisation in allen Gauen. Der Löwenanteil entfalle auf Mannheim. Dieser Gau habe um 300 Prozent zugenommen. Wenn auch in diesem Jahre schon sehr viele Lohnbewegungen angemeldet worden seien, hätten wir doch keine Ursache, verzagt zu sein, sondern dürfen ruhigen Mutes den in Zukunft eventuell kommenden Kämpfen entgegensehen.

Gauleiter Pühler berichtet, daß die eigenartigen Verhältnisse im Gau viel dazu beitrugen, daß die Agitation nicht so einsetzen konnte, wie es in diesem großen Bruchgebiete von Notwendigkeit wäre. Wenn z. B. in dem elsaß-lothringischen Sandsteingebiet eine Zahlstelle errichtet werden solle, müssen für Bewilligung einer solchen 20 Mk. Stempelgebühren an die Kreisdirektion entrichtet werden. In das Gebiet des Unterelsaß sei auch der Schwerpunkt der Agitation verlegt worden. Ein großer Teil Schuld an den mißlichen Zuständen sei auf das Konto der Zentralleitung zu setzen, welche mit der Bewilligung finanzieller Mittel karge, und hauptsächlich deshalb wäre die Gauleitung einigemal aktionsunfähig gewesen. Starke glaubt, die Zentralleitung hätte ihre Schuldigkeit getan, denn für die verwendeten Mittel wären die Leistungen minimal. Wenn noch einmal so viel Geld hineingesteckt worden wäre, hätte es ziemlich für eine besoldete Kraft gereicht. Einige Delegierte verurteilen die wenig entgegenkommende Haltung der Zentralleitung und sind der Meinung, mit den gewährten Mitteln hätte nicht mehr geleistet werden können. Andre fühlten sich veranlaßt, beide Instanzen zu kritisieren, da man in einigen Gegenden von einer Gauleitung nichts bemerkte.

In den Berichten der Zahlstellen traten nicht überall erfreuliche Momente zutage und ist in Kürze folgendes zu bemerken: In Straßburg wurde nach dem Streik durch die unvernünftige Wuchterei viel gesündigt, da hierdurch einzelne Positionen des Tarifs verschlechtert würden. Der Stand der Organisation ist gut, die Arbeitslosigkeit noch groß. In Konstanz ist trotz des verlorenen Streiks kein Rückgang zu verzeichnen, was darauf schließen läßt, daß die dortigen Kollegen den Wert der Organisation begriffen haben. In Offenburg, Lahr und Sexau-Lörch dürften die Verhältnisse besser stehen, da fast alle dort Beschäftigten Verbandsmitglieder sind. In Kenzingen rebellierte ein Meisterlein, das meistens nur einen Arbeiter beschäftigt, gegen die neunstündige Arbeitszeit. Der am dortigen Orte bestehende Gewerbeverein mußte dieserhalb eine Petition an das Ministerium richten, bis jetzt für den Herren leider ohne Erfolg. Auch in Freiburg zog sich ein Unternehmer ein Strafmandat von 10 Mark zu, da demselben 9 Stunden am Tage zu wenig waren. Die Kündigung des durch den Streik errungenen Vertrags seitens der Meister im Vorjahre konnte dank der Einigkeit der Kollegen zurückgewiesen werden. In diesem Jahre wollen die Kollegen angreifen und hoffen, Verbesserungen zu erzielen. In Kappelrodeck und Ottenhöfen waren die Mißstände, was Arbeitsbuden anbelangt, sehr kraß und wird die Organisation noch viel Wandel zu schaffen haben. Auch in Metz und Kolmar kommen Durchbrechungen der Bundesratsverordnung vor; in letzterem Orte schreitet bei diesbezüglichen Meldungen die Polizeidirektion ein. Von Erstein, Mülhausen, Mackweiler-Waldhambach wurde nicht gerade viel Erfreuliches berichtet. In ersterem Orte erfuhr der Vertrauensmann eine Denunzierung. In Mülhausen macht die Organisation wieder Fortschritte. Starke streifte die einzelnen Berichte und resümiert dahin: Zugenommen hat die Organisation in ihrer Mitgliederzahl, mögen die Kollegen auch in Zukunft bestrebt sein, die Organisation zu heben und die Mißstände beseitigen.

Im weiteren kommt die Aussperrung von Mackweiler zur Sprache und wird die Haltung der Zentralleitung in der Unterstützungsangelegenheit nicht gebilligt. Starke präzisierte die Gründe, welche sie zu ihrer Handlungsweise bewogen. Folgender Antrag wurde in dieser Sache angenommen: „Die Gaukonferenz Straßburg beantragt, daß sämtliche ausgesperrten Steinhauer von Mackweiler-Waldhambach zu unterstützen sind und der Zahlstelle Straßburg die hierdurch erwachsenden Kosten ersetzt werden." Zum Kappelrodecker Streik meint Starke, hier wäre die Möglichkeit vorhanden gewesen, ohne Streik sich auf einer Basis zu einigen, welche den dortigen Kollegen Vorteile verschafft hätte. Von den dortigen Delegierten wird das taktische Vorgehen der Kollegen Siebold und Staudinger bei den Verhandlungen kritisiert. Starke nimmt die beiden in Schutz und bemerkt, es wäre doch taktisch viel besser gewesen, wenn die Kollegen das Erreichbare angenommen hätten, und nur schweren Herzens sei die Zustimmung zum Streik erfolgt, da die Sache so weit gediehen war, daß es nicht gut ein Zurück mehr gab. Folgende Resolution wurde angenommen: „Die heutige Gaukonferenz billigt die Haltung der Zentralleitung im Streik von Koppelrodeck und Umgegend vollständig." Von dem Kollegens Baral-Konstanz und Starke wurde noch der Streik von Konstanz angeführt.

Waldhardt kommt auf die weiteren Zustände im Gaue zu sprechen. Es bestehe zurzeit keine Gauleitung mehr und ob man abwarten wolle, bis der Verbandstag einen besoldeten Gauleiter anstellt, oder ob man so weiter machen wolle. Der Einheitlichkeit der Agitation könne es nur zum Vorteil gereichen, wenn wieder eine Gauleitung ins Leben gerufen würde. Es wurde auch dahingehend beschlossen. Der Vorort Straßburg hat die Sache in die Hand zu nehmen und eine Gaukommission zu wählen. Ein großer Mißstand, der unbedingt abgeschafft werden muß, wurde ebenfalls besprochen. Es kommt trotz der festen Verbandsform immer noch vor, daß laue Kollegen abreisen, ohne ihre Bücher in Ordnung zu bringen und diese einfach liegen lassen. Starke verspricht, daß auf dem Verbandstage die Sache zur Sprache kommen wird und eine Regelung erfahren muß. Den Delegierten wird anheimgegeben, in allen Zahlstellen dahin zu wirken, daß die Bücher von den örtlichen Verwaltungen eingezogen werden behufs besserer Kontrolle. Ein Antrag wurde angenommen dahingehend: „Sämtliche Zahlstellen werden verpflichtet, kein Buch abzuschicken, ohne daß dasselbe in Ordnung ist. Das weitere Porto muß unbedingt vom betreffenden Kollegen getragen werden." Ueber eine zu erhebende Gausteuer gingen die Meinungen auseinander. Auf der letzten Gaukonferenz wurde ein Antrag angenommen, daß pro Mitglied und Monat 10 Pfg. Gausteuer entrichtet werden sollen. Leider wurde dieser Beschluß nicht in die Wirklichkeit umgesetzt. Diesen Antrag wollten einige wieder erneuert wissen. Nach einer Diskussion wurde ein Antrag von Droll-Freiburg angenommen, wonach die Zahlstellen verpflichtet werden, pro verkaufte Beitragsmarke einen Pfennig an die Gaukasse abzuliefern. Da der Gau ungefähr 1200 Mitglieder zählt, wie Starke bemerkte, kann, wenn die Zahlstellen ehrlich abliefern, ohne größere Belastung immerhin ein schöner Zuschuß zur Gaukasse hereinkommen.

Beim Punkt Anträge und Stellungnahme zum Verbandstag wurde von den Straßburger Delegierten erklärt, sie wären gegen Unterstützungseinrichtungen, da wir nur eine Kampfesorganisation sein sollten. Kollege Droll bedauert, daß gerade hier der Vorort sich ablehnend verhalte. Es wäre doch nach der Vorlage des Zentralvorstands möglich, ohne größere finanzielle Opfer die Kranken- und Sterbeunterstützung einzuführen. Wenn der Zentralvorstand sich von seiner Ansicht, den Sprung ins Dunkle nicht mitzumachen, bekehrt hat, dürfe man ruhig annehmen, daß die Sache sich bewähren wird. Wenn es auch vorläufig nur wenig sei, dürfe doch der agitatorische Wert derselben nicht verkannt werden. Da hauptsächlich von den Hartsteinarbeitern dagegen remonstriert wird, dürfte man nicht verfehlen, denselben frühere Jahre ins Gedächtnis zurückzurufen, wo hauptsächlich sie die Mittel des Verbands in Anspruch nahmen. Auf dem Leipziger Kongreß 1902 mußte der damalige Kassierer erklären: Im Jahre 1901 haben die Sandsteinarbeiter geleistet: 66 Prozent sämtlicher Beiträge und 75 Prozent der Extrasteuer, die Hartsteinarbeiter 34 Prozent Beiträge und 25 Prozent Extrasteuer. Erhalten haben die Sandsteinarbeiter nur 15 Prozent und die Hartsteinarbeiter 85 Prozent der Streikunterstützung. Wenn sich dieser gewaltige Unterschied seit 1901 höchstwahrscheinlich verschoben hat, dürfte dennoch die Opposition von jener Seite nicht so stark gegen derartige Neueinführungen einsetzen, da, wie auch Starke zugibt, unsre Organisation keineswegs den Kampfescharakter verliert und wir, was Unterstützungseinrichtungen anbelangt, in der Reihe der Verbände ziemlich nachhinken. Fast sämtliche Delegierten billigten die Unterstützungseinrichtungen und wird hoffentlich auf dem Verbandstage dafür eine äußerst starke Mehrheit zu haben sein. Mögen alle Delegierten die Ausführungen, welche auf der Gaukonferenz gemacht wurden, beherzigen und zu Nutz und Frommen der Allgemeinheit in ihren Zahlstellen dahingehend wirken.

Korrespondenzen.

Frankfurt a. M. Am 13. Februar hielten wir eine Versammlung ab, die sehr stürmisch verlief. Als die Wahl des Delegierten erfolgen sollte, verlas der Vorsitzende einen Brief von Offenbach, in welchem gesagt wird, die dortigen Kollegen hätten auch einen Kandidaten aufgestellt, welcher aber nicht im Steinarbeiter veröffentlicht wurde. Desgleichen von Obermörlen, wo der Kollege August Herrmann aufgestellt sei, aber auch nicht veröffentlicht wurde. Nach Versicherung des Kollegen Burk von Obermörlen habe er die Anmeldung richtig erwirkt. Auch mußte gerügt werden, daß doch von Frankfurt Kollege Häusler und nicht Kollege Herrmann aufgestellt war. Wenn Kollege Adolf Herrmann von einer andern Zahlstelle aufgestellt war, so mußte dies auch besonders bemerkt sein, aber nicht, wie im Steinarbeiter veröffentlicht, von Frankfurt (Herrmann und Häusler). Wir fordern über ein solches Vorgehen näheren Aufschluß. Von 54 anwesenden Kollegen wählten 52. Da Kollege Adolf Herrmann zugunsten Häuslers zurücktrat, so kam letzterer allein in Betracht. Er erhielt von 52 Stimmen 41. Die andern 11 Zettel wurden weiß abgegeben. Die Diskussion wurde mit einer solchen Schärfe geführt, wie man sie seit Jahren in Frankfurt a. M. nicht mehr erlebt hatte. Auch bekämpften sich einige an der Spitze stehende Kollegen gegenseitig in der schärfsten Weise. Den Kollegen wird dadurch der Besuch der Versammlungen direkt verekelt. Die Probe haben wir schon gemacht, daß durch solche Reibereien nur Uneinigkeit in die Reihen der Kollegen getragen wird. Auch wollen diese Kollegen die hervorragendsten und gebildetsten von der hiesigen Zahlstelle sein, was wir aber bei einem solchen Gebaren nicht finden können. Daß diese Leute sich für die hiesige Zahlstelle geopfert haben, geben wir zu, aber wir glauben auch, wenn die Zänkereien nicht bald ein Ende nehmen, daß dann die größten Schädigungen für die Organisation zu erwarten sind. Die nächste Aufgabe des Vorstandes wird es sein, diese Mißhelligkeiten zu beseitigen.

Anmerkung der Redaktion: Den Frankfurter Bericht wollten wir eigentlich, ohne ihn zu prüfen, dem Papierkorb überweisen, denn diese Zahlstelle glaubt, den Steinarbeiter über Gebühr in Anspruch nehmen zu müssen. In Nr. 1 und 5 d. J. sind aus dieser Zahlstelle im Steinarbeiter schon Berichte enthalten. Der Bericht über die Versammlung vom 13. Februar enthält aber einen Angriff gegen die Organisationsleitung, und deshalb veröffentlichen wir ihn, weil es sonst heißen würde: Unterdrückung der freien Meinung. Wir haben folgendes zu erklären: Die Ernennung eines Kandidaten aus Offenbach erfolgte weder an die Redaktion noch an die Verbandsleitung. Der letzte Versammlungsbericht aus Offenbach wurde abgelehnt. Das Manuskript liegt noch hier; auch in diesem ist mit keiner Silbe die Rede, daß ein Kandidat aufgestellt wurde. Anders liegt es mit Obermörlen. Im 33. Kreise war der Gauleiter Adolf Herrmann aufgestellt, dann ging weiter der Redaktion von Obermörlen die Mitteilung zu, für den 33. Kreis sei Kollege A. Herrmann-Frankfurt als Kandidat nominiert. Die Redaktion konnte unmöglich wissen, daß damit der Kollege August Herrmann gemeint sei; wir konnten uns auch nicht gut denken, daß sich die beiden — Brüder als Kandidaten gegenüberstehen. Mithin dürfte auch in diesem Falle der Redaktion kein Vorwurf zu machen sein. Wollen aber die Kollegen in Obermörlen an der Kandidatur von August Herrmann festhalten, so kann uns dieses recht sein, dann wird eben für den 33. Kreis eine Neuwahl ausgeschrieben.

Den kritisierenden Frankfurter Kollegen gegenüber sei weiter bemerkt, daß wir bei der Publizierung der Kandidatenliste nicht angaben, von wo aus die Aufstellung erfolgte, sondern den Wohnort derselben bemerkten. Wenn etwa 8 bis 10 Zahlstellen einen Wahlkreis bilden, so müssen die Wähler doch unbedingt wissen, in welcher Zahlstelle die Kandidaten ansässig sind. In Frankfurt scheint man also viel Lärm um nichts zu machen.

Hannover. Am 12. Februar fand unsre Monatsversammlung statt, die mäßig besucht war. Zum 1. Punkt der Tagesordnung: Delegiertenwahl zum Verbandstage, wurden für Müller-Hannover 27 Stimmen und für Maus-Bremen 1 Stimme abgegeben. Zum 2. Punkt verlas der Kassierer die Abrechnung vom 4. Quartal 1905, die von den Revisoren geprüft und für richtig befunden wurde. Hiernach gab er die Jahresabrechnung bekannt, welche eine Einnahme von 1454.60 Mark und eine Ausgabe von 1402.33 Mark ergab. Im Verschiedenen wurde der Kartellbericht gegeben. Dieser befaßte sich namentlich mit der Gründung einer Bibliothek des Gewerkschaftskartells, die von der Versammlung gutgeheißen wurde. Es wurde gerügt, daß auf dem Platz Mensing einige Kollegen im wilden Akkord arbeiten, trotzdem ein Lohntarif besteht. Herr Mensing hat sich schon wieder erlaubt, einen Kollegen zu entlassen, der für sein Recht eintrat, indem er sein ausgelegtes Fahrgeld zurückforderte, welches ihm laut Tarif zusteht. Dieses wurde als eine Maßregelung betrachtet und nach einer lebhaften Debatte folgender Antrag angenommen: „Die Kollegen von Mensing haben am Montag die Akkordarbeit zu verweigern und die Wiedereinstellung des entlassenen Kollegen zu verlangen. Werden sie dann ohne Kündigung entlassen, so haben sie 14 Tage Kündigung zu verlangen, werden sie trotzdem entlassen, so haben sie unverzüglich den Vorstand zu benachrichtigen und dem letzteren alle Schritte in dieser Sache zu überlassen." Der Vorstand wurde nun am 12. Februar bei der Firma Mensing vorstellig wegen obiger Sache. Er einigte sich mit der Firma dahin, daß von da ab wieder in Lohn gearbeitet wird. Der Entlassene konnte wieder weiterarbeiten. Durch geschlossenes Vorgehen haben wir schnell unser Ziel erreicht.

Nack b. Alzey. Am 4. Februar fand hierselbst eine öffentliche Steinarbeiterversammlung statt, in der Kollege Unglauben aus Mainz über Nutzen und Zweck der Organisation sprach. In seiner einstündigen Rede wies Redner auf die Entstehung der Arbeitervereine, das Koalitionsrecht, die rücksichtslose Ausbeutung des Kapitals und den Zolltarif hin, dessen Lasten die Arbeiter baldigst zu spüren bekommen. Darum sei es die höchste Zeit, auch hier eine Organisation der Steinarbeiter zu gründen, die auch zur gegebenen Zeit unsre Rechte wahren wird. Nachdem er noch die Bundesratsverordnung erläutert hatte, schloß Redner seinen mit

---

Sind es nicht Klassenjustiz und Volksunterdrückung, Arbeiterausbeutung und Massenelend, die den Arbeitern die Augen öffnen und sie naturnotwendig der Sozialdemokratie in die Arme treibt? Und sorgen nicht Staat und Kapitalisten dafür, daß der Arbeiter den Glauben an einen gerechten Gott verliert und da Hilfe sucht, wo sie ihm nach seiner Ueberzeugung am ehesten zuteil wird? Das alles macht es ihm unnötig, auf eine falsche Wissenschaft hören zu müssen; unsre schöne „göttliche Weltordnung" sorgt ganz selbsttätig für möglichste Verbreitung des Unglaubens. —

Unter anderm fährt er (der eingangs erwähnte Geistliche) dann fort: „Nun sollte man folgerichtig meinen, daß jene, die es geradezu lächerlich finden, an das „alberne Märchen" vom sogeannten Jenseits zu glauben, ruhig und ohne Angst und Zagen dem Tode, wenn er naht, ins Angesicht schauen. Aber da erlebt man meist gar sonderbare Dinge; jene, die in gesunden Tagen am lautesten geschrien: Es gibt keinen Gott, keine Ewigkeit, keinen Himmel, keine Hölle, sind dann meist jene, die sich am verzweifeltsten gebärden und von einer fürchterlichen Angst und Unruhe gepeinigt werden." Dann schreibt er von einem eingefleischten Sozialdemokraten, daß er sich auf dem Sterbebette noch bekehrte usw.

Nun frage ich: Warum hat der Christ Angst vor dem Sterben? Den Mohammedanern, den Buddhisten und andern „Heiden" ist das Sterben eine gleichgültige Sache. Sie werden von Jugend auf belehrt, daß sie nach dem Tode der Freuden des Paradieses teilhaftig werden. Bei den Christen heißt es schon beim Kinde: Dies und jenes ist eine Sünde; wenn du diese oder jene Sünde begehst, kommst du in das Höllenfeuer. Nach dem Tode bestraft Gott das Böse und belohnt das Gute. Das leicht empfängliche Kindergemüt nimmt solche Belehrungen gerne auf, da es zum Phantastischen überhaupt leicht hinneigt und durch jahrelange Wiederholungen in Schule und Haus gehen sie schließlich in Fleisch und Blut über. Wenn dann der Mensch in späteren Jahren durch verschiedene Umstände zu einer andern Ansicht über die Dinge kommt, dann beschleicht ihn wohl ein Lächeln bei dem Nachdenken über Himmel und Hölle. Naht dann das letzte Stündlein, dann wird Geist und Wille schwach, die Familie umsteht weinend sein Lager, alles bittet und dringt in ihn, doch nicht gottlos zu sterben; durch alle möglichen Redensarten sucht man ihn herumzukriegen, bis zuletzt Zweifel in ihm entstehen und er nach dem Geistlichen verlangt, den man oft schon längst heimlich geholt hatte. Dann heißt es, ein großer Sünder hat sich bekehrt. Derjenige aber, der bis zum letzten Atemzug klares Bewußtsein und den festen Willen hat, so zu sterben, wie es ihm die Ueberzeugung lehrt, und das sind nicht viele, der wird ruhig und ohne Angst sein Leben enden. Was hat der Arme auch zu verlieren; ihm kann der Tod nur willkommener Erlöser sein. Freilich viele der Reichen sterben nicht so leicht. Sie müssen den Himmel verlassen, den sie ein ganzes Leben lang genossen; da mögen wohl manchen Gewissensbisse quälen, wenn sie daran denken, wie vielen Menschen sie ein Höllenleben bereitet haben, um selbst einen Himmel genießen zu können.

Drum fort mit einer Lehre aus der Schule, die die Empfänglichkeit des kindlichen Gemüts ausnützt, um den Menschen Furcht vor dem Tode einzuprägen; wohlberechnend, daß er dann einst am Sterbebette wieder zu ihr zurückkehren wird. Lehrt dem Kinde, Gutes vom Bösen unterscheiden, nicht weil das Böse ewige Höllenstrafe nach sich zieht, sondern weil es dadurch seinen Nebenmenschen schädigt. Lehrt ihm Gutes durch eigenes Beispiel; lehrt ihm Menschlichkeit dem stummen, wehrlosen Tier gegenüber, dann wird es auch lernen, gegen Menschen menschlich zu sein und wird dann einst den Tod nicht zu fürchten brauchen.

Es steht nun fest, daß kein Mensch ohne Fehler ist, und von diesem Standpunkt aus wollen wir alles betrachten. Angenommen nun, es gibt einen allwissenden und gerechten Gott, der das Gute belohnt und das Böse bestraft und ein Seelenleben nach dem Tode. Stürben nun zu gleicher Zeit 100 Menschen; die große Mehrzahl davon wären Arbeiter und sonstige Arme; die andern aber Seelenhirten, Gewaltige und Uebersatte der verschiedenen Klassen „besserer" Menschen; müßte da nicht das Urteil eines gerechten Gottes über diese Seelen ungefähr so lauten: Ihr alle seit meine Geschöpfe, die ich mit gleicher Liebe umfasse; ich habe euch Verstand gegeben, das Gute vom Bösen zu unterscheiden; ich gab euch eine schöne, an herrlichen Gaben reiche Erde, an deren Genuß alle Menschen ohne Ausnahme teilnehmen sollten. Und zu den Seelen der Uebersatten gewendet: Ihr habt nicht an mich geglaubt, ihr habt euch angemaßt, bessere Menschen als jene zu sein, ihr habt aus Egoismus und Habsucht jene unterdrückt, habt Schätze auf Schätze gehäuft, an denen der Schweiß jener klebt; ihr habt ihnen alle Genüsse der Erde vorenthalten, die doch für alle Menschen geschaffen sind, ihr habt sie bei harter Arbeit darben lassen und sie in ihrem Elend noch verhöhnt; ihr selbst aber ein himmlisches Leben voll Freude, voll Wonne, voll Sättigung gelebt; euch habe ich eine Hölle bereitet.

Und zu den Seelen der Armen gewendet: Ihr aber, ihr konntet nicht an mich glauben; jene haben euch den Glauben an einen gerechten Gott genommen; eurer Fehler will ich nicht gedenken, denn ihr habt durch ein Leben voll harter Arbeit und Entbehrungen eure Sünden reichlich gebüßt; ihr habt ein Höllenleben geführt; ihr sollt jetzt ein himmlisches Leben genießen in alle Ewigkeit.

Ob dem so ist? - A. M.

lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag. In den Verband ließen sich sofort 21 Mann aufnehmen.

Nürnberg. Am 5. Februar tagte eine gut besuchte Steinarbeiterversammlung. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Ableben des kürzlich verunglückten Kollegen Polster aus Mögelsdorf in der üblichen Weise geehrt. Zum Punkt 1 erstattete Kollege Scheuring Bericht von der letzten Gaukonferenz in Würzburg, welchen Kollege Mittenmeier betreffs der dort gefaßten Anträge zum Verbandstag ergänzte. Die Versammlung erklärt sich bis auf einige Punkte einverstanden. Sodann berichtete Kollege Pfänder über die Vorarbeiten zum Verbandstag. Hierauf wurden die übrigen Kommissionen gewählt. Die Kollegen meldeten sich mit größter Bereitwilligkeit freiwillig. Die Kollegen Nürnbergs setzen alles daran, um den Delegierten die hier zu verbringenden Tage recht froh und angenehm zu machen.

Stuttgart I. Am 9. Februar fand unsre regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Nach Bekanntgabe des Gewerkschaftsberichts kam es zu einer regen Debatte, indem die Frage an uns erging: Wie begehen wir dieses Jahr den 1. Mai? Bekanntlich hat im vergangenen Jahre kein Demonstrationszug stattgefunden. Unserseits wurde scharf kritisiert, daß es gerade die großen Verbände waren, die in den letzten Jahren an dem Maizug nicht teilnahmen. Es sei auch von den Gewerkschaftsführern die Abschaffung des Festzuges propagiert worden. Ein Antrag, die Maifeier möge wieder begangen werden wie in früheren Jahren, wurde einstimmig angenommen. Das Verhalten der Expedition des Steinarbeiters uns gegenüber wurde einer scharfen Kritik unterzogen. Die Veranlassung gab die nicht erschienene Nummer 4 des Steinarbeiters: 80 zahlende Mitglieder erhielten etwa 10 Nummern. Auf Anfragen im Briefkasten in Nr. 6 wurde uns kurz und bündig erklärt, die Nr. 4 war vergriffen, deshalb die geringe Zahl. Die Kollegen von Stuttgart sind der Ansicht, daß da trotz obligatorischer Einführung noch 1 Mark bezahlt wird, auch jeder das Recht hat, seinen Steinarbeiter zu verlangen. Es wurde seinerzeit von der Zentralleitung eine Aufforderung erlassen, das Fachorgan zu sammeln, damit es gebunden werden kann. Wenn da einzelne Exemplare fehlen, hat die Sammlung keinen Zweck. Auch gab es eine äußerst empörende Kritik über das fortwährende Kürzen der Versammlungsberichte. Manchmal wandern sie auch ganz in den Papierkorb, und es heißt dann einfach, der Bericht war nicht zum Veröffentlichen; oder aber die Berichte sind so zusammengestrichen, daß sie gar nicht mehr zu erkennen sind. Die Versammlung kam zu dem Entschluß, folgende Resolution anzunehmen: „Die heutige Versammlung verlangt genauen Aufschluß über den Verbleib des Steinarbeiters (Nr. 4), denn es können doch nicht 10 Steinarbeiter einer Zahlstelle zugesandt werden, wenn 80 zahlende Mitglieder vorhanden sind, und trotz der obligatorischen Einführung die Steuer schon hoch genug ist und wohl deshalb jedes Mitglied den Steinarbeiter pünktlich verlangen kann." Nach einstimmiger Annahme dieser Resolution wurde die anregend verlaufene Versammlung geschlossen.

Trier. Am 11. Februar fand im Gewerkschaftshause eine gut besuchte Steinarbeiterversammlung statt. Die Versammlung beschäftigte sich hauptsächlich mit der Tagesordnung zum Verbandstag. Es wurde die Besoldung von Gauleitern anerkannt. Im hiesigen Gebiet könnten große Fortschritte erzielt werden. Bei der Wahl eines Delegierten wurde mit Stimmenmehrheit Kollege Saarholz gewählt. Ferner wurde von dem Vorsitzenden die schlechte Lohnzahlung in schärfster Weise besprochen, da wir hier am Orte im Winter 15 Pfg. pro Stunde weniger erhalten als im Sommer. Wir dürfen dann bloß an denjenigen Tagen arbeiten, an denen es den Meistern beliebt. Ferner wurde die Auszahlung der Löhne scharf kritisiert. Es erscheint fast unglaubhaft, daß hier am Orte die Leute noch drei Stunden nach Schluß in Sturm und Wetter stehen und auf ihren Hungerlohn warten müssen, denn Buden sind hier noch Luxus.

Ueberlingen-Radolfzell. Wir müssen um Berichtigung Ihres Telegramms Nr. 6 ersuchen, denn eine **Lohnreduktion hat nicht stattgefunden**, was aus unserm Schreiben von 7. d. M. hervorgeht.

Am Montag, den 5. d. M., legten die Steinmetzen Hang, Oßmann und Urbani die Arbeit nieder bei einem Stundenlohn von 50 Pfg., **weil dem Steinmetz Hang mitgeteilt wurde, nach Prüfung seines Arbeitszettels vom 26. Januar bis 3. Februar, daß seine Leistungen einem Lohn von 35 Pfg. entsprechen würden und wenn er für die Zukunft nicht mehr leiste, auch entsprechende Zahlung erhalte.** Hochachtend Franz Schmal u. Co., Bauunternehmung. Hummel.

In dieser angeblichen Berichtigung wird doch selbst zugestanden, daß dem Kollegen Hang der Stundenlohn um 15 Pfg. gekürzt werden sollte.

Die Melodie kennen wir schon, wenn es heißt, nach entsprechender Leistung soll bezahlt werden. Selbstredend hat die Redaktion keine Veranlassung gefunden, auf das Schreiben der Firma vom 7. Februar zu erwidern.

Die Bundesratsverordnung vor Gericht.

Im Monat Juli v. J. wurde Kollege Barta in Strehlen in Schlesien gemaßregelt, weil er agitatorisch für die Durchführung der Bundesratsverordnung eingetreten ist. Er machte nämlich eine Anzeige gegen die Firma Schall wegen Nichteinhaltung der Bundesratsverordnung, die schon 3 Jahre Gesetz war, aber bis dahin unbeachtet blieb. Erst den 7. Februar 1906 gelangte diese Anklage vor dem Schöffengericht zu Strehlen zur Verhandlung, da die Akten erst durch mehrere Gewerbeinspektionsbezirke zur Aufklärung und Ermittelung gesandt wurden. Der Staatsanwalt nahm selbst die Klage in die Hand und in der Anzeige wurden gefordert: 1. die im § 4 vorgeschriebenen Schutzdächer für die im Freien arbeitenden Steinhauer; 2. die geregelte 10stündige Arbeitszeit in § 9; 3. Verbot der Arbeiterinnen im § 10 Abs. 1; 4. Verbot der Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter beim Transport und Verladen von Steinen; 5. Verbot der langen Arbeitszeit für Lehrlinge unter 16 Jahren. In einem Schreiben des Staatsanwalts an Barta lehnt er den § 4 selbst ab mit der Begründung, daß das Anbringen von Schutzdächern nur für Steinhauer, die an Werkstücken arbeiten, nicht aber im Steinbruche selbst erforderlich ist. Ferner hätten die jugendlichen Arbeiter nach 10stündiger Arbeitszeit um ½7 Uhr aufhören müssen, und sind durch die Bruchmeister auf Anordnung des Herrn Walter zu verschiedenen Malen fortgejagt worden. Als Angeklagter der Firma erscheint der Betriebsleiter Fritz Walter und bestreitet nach § 4 das Anschaffen von Schutzdächern mit der Begründung, daß im Bruche nur Pflastersteine, keine Werkstücke angefertigt werden, weil für letztere eine Bude vorhanden ist. Zu § 9 sagt er, wegen den mehreren Eingängen zum Bruche und dem unregelmäßigen Kommen der Arbeiter sowie durch die verschiedenen Witterungswechsel ist es nicht möglich (?) eine 10stündige Arbeitszeit festzusetzen. Die Uebertretung des § 10 bestreitet er. Als erster Zeuge erschien F. Buresch, beschäftigt als Brecher und Pflastersteinarbeiter. Vors.: Haben Sie ein Schutzdach erhalten? Zeuge: Nein. Vors.: Wie lange haben Sie gearbeitet? Je nachdem, 10 Stunden und darüber. Vors: Warum haben Sie länger gearbeitet? Zeuge: Weil man mit den vom Meister angegebenen Steinen nicht fertig wurde, denn das Zurichten vom rohen Felsen nimmt die längste Zeit weg. Vors.: Was wäre passiert, wenn die Steine nicht fertig würden? Zeuge: Es ist schon vorgekommen, daß Leute entlassen wurden. Angekl. Walter: Das war früher, aber nicht 1905. (Aber 1903, Herr Walter, wo die Bundesratsverordnung Gesetz war.) Vors.: Warum sind Sie länger dort geblieben; wurden Sie dazu genötigt? Zeuge: Nein, aber es wurden oftmals die Steine nach Feierabend angenommen. Vors.: Mußten Sie deswegen dort bleiben? Zeuge: Nein, es ist besser, man ist dabei, sonst weiß man nicht, wieviel einem abgenommen wird. Zeuge Schneider hatte ebenfalls kein Schutzdach erhalten. Vors.: Als was waren Sie beschäftigt? Sch.: Als Brecher und Putzer. Vors.: Wie lange haben Sie gearbeitet? Sch.: Verschieden. Vors.: War Ihnen die Bundesratsverordnung nicht bekannt, in welcher der Reichskanzler schreibt, nur 10 Stunden zu arbeiten? Sch.: Mir hat er nicht geschrieben! (Heiterkeit.) Vors.: Wie haben Sie denn da gearbeitet? Sch.: Früh vor 5 Uhr, manchmal vor 6 Uhr, bis abends nach 7 und 8 Uhr. Ich war aber früh niemals der erste und abends nicht der letzte. Der anwesende Gewerberat Töpert: Haben Sie keine Betriebsstatuten erhalten oder dergleichen? Sch.: Nein. Zeuge Barta: Als die Bundesratsverordnung in Kraft trat, wurden die Bestimmungen vom Geschäft an einer sichtbaren Stelle ausgehängt, aber auf keinerlei Weise durchgeführt. Darauf habe er 200 Exemplare der Bundesratsverordnung an die Steinarbeiter verbreitet. Als diese nun sahen, welche Schutzvorrichtungen ihnen das Gesetz vorschreibt, wurden sie unruhig; darauf wurde ihm, Barta und noch 5 andern Kollegen die Arbeit gekündigt. Wir sind wieder ruhig geworden und konnten weiterarbeiten. Da sich bis zum vorigen Jahre nichts geändert hatte, diskutierte Barta eines Tages mit Meister Lorenz darüber; zur Antwort bekam er: Beschweren Sie sich, dann werden Sie ja sehen, daß Sie abgewiesen werden. Gewerberat Töpert, als Sachverständiger vereidigt, hält Schutzdächer im Sinne der Bundesratsverordnung nicht (?) für erforderlich, da er Pflastersteinputzer nicht für Steinhauer anerkennt. Zu § 9 hätte Walter darauf dringen müssen, den Zehnstundentag aufrecht zu erhalten. Zu § 10 hält er das Pflastersteinbossieren für Rohaufarbeitung, da mit dem Spitzmeisel der Pflasterstein erst in seine richtige Form gebracht werden muß. Der zweite Sachverständige Pusch, Betriebsleiter des Nachbarbruches Völker u. Nicholaier, hält das Anbringen von Schutzdächern aus Liberalität für nötig, da in seinem Sinne nur Werkstückarbeiter solche zu beanspruchen haben. Barta: Warum haben Sie nach der Anzeige welche herausgegeben? Pusch: Irrtümlicherweise auf Antrag des Gewerberates. Walter hätte seiner Ansicht nach den Zehnstundentag innehalten müssen, er hätte für seine Person so gehandelt. (Zwischenruf von Barta: Warum hat Herr Pusch geduldet, daß in seinem Betriebe Sonntags auch noch während der Kirchzeit gearbeitet wurde? Erst durch Anregung der Gauleitung wurde es dort durch den Gewerberat verboten.) Vors.: Das sind persönliche Agitationsangriffe gegen den Sachverständigen. Das weise ich vor Gericht entschieden zurück. Setzen Sie sich!!! Zu § 10 hält er das Pflastersteinaufputzen nicht für Rohaufarbeitung.

Der Amtsanwalt beantragt zu § 4 20 Mk. Geldstrafe und Anschaffung von Schutzdächern. Der Verteidiger der Firma beantragt Freisprechung. Nach kurzer Beratung des Gerichtshofs erfolgt Freisprechung.

Wir haben den Verhandlungsbericht etwas ausführlich gebracht, um zu zeigen, wie wenig die Unternehmer sich um die Durchführung der Bundesratsverordnung kümmern. Noch eine Tatsache sei hier erwähnt. Als Kollege Barta, unser Vertrauensmann, vom Gerichtstermin zur Arbeitsstelle zurückkehrte, wurde er sofort entlassen. Wahrscheinlich waren der Firma Schall die wahren Darstellungen des Kollegen B. nicht genehm. Wer für das gesetzliche Recht eintritt, hat dieses zu büßen mit Entlassung. Im Zeitalter des soviel gerühmten sozialen Fortschritts nehmen sich solche Maßnahmen ja sehr liberal aus.

Wir werden in Strehlen die Bundesratsverordnung schon noch zur Geltung bringen, aber wir sorgen auch dafür, daß den Unternehmern die Lust zu Maßregelungen vergeht.

Rundschau.

Gründung eines Verbandes Deutscher Granitschleifereien. In Kassel fanden sich kürzlich Vertreter aus der Granitschleiferbranche zusammen, um über ihre — gedrückte (?) Lage zu beraten. Zunächst sollen Bezirksverbände gegründet werden. Auch die Verkaufspreise sollen mehr einheitlich gestaltet werden. Die Versammlung leitete Herr Mönninghof-Bensheim. Wie zunächst das Kasseler Tageblatt berichtete, soll Kreuzer-Lindenfels die Versammlung geleitet haben. Der Steinbildhauer (Unternehmerzeitung) berichtet dagegen, „daß genannter Herr damit gar nichts zu tun habe". Kreuzer mit seinen niedrigen Verkaufspreisen wäre allerdings die am wenigsten geeignete Person, über die Schmutzkonkurrenz in der Hartsteinbranche den Sittenrichter zu spielen.

Die Agitationsweise der Christen. In Mannheim auf dem Sozialpolitikertag hat Kierdorf die christlichen Organisationen als gefährlicher als die Roten bezeichnet. Dies scheint die armen Leute arg verschnupft zu haben, sie wollen dem Unternehmertum beweisen, daß sie doch artige Kinder sind, wenn sie auch in Köln, Velbert, Aachen, Solingen usw. zur Genüge den Befähigungsnachweis als Schutztruppe der Unternehmer erbracht haben.

In Hohenlimburg haben die Christen untertänigst bei den Fabrikanten angefragt, ob die Herren Unternehmer nichts dagegen hätten, wenn die Christlichen einige öffentliche Versammlungen abhalten würden und die Arbeiter christlich organisierten.

Die Unternehmer antworteten: Wenn sie (die Christen) nicht streiken würden, hätten die Unternehmer nichts dagegen. Dieses Vorkommnis verdient der Nachwelt erhalten zu bleiben, speziell weil in der dortigen Gegend das Unternehmertum in recht brutaler Weise gegen die Arbeiter vorgeht. Die Unternehmer fürchten sich vor Leuten nicht, die sich eine moralische Maulschelle nach der andern verabfolgen lassen. So wurde seinerzeit der im christlichen Metallarbeiterverband organisierte Arbeiter P. (Lippstadt) auf der „Metallindustrie" vom Werkmeister geschlagen. Der 36jährige Packer St. (auch vom christlichen Verband) ebenfalls dort beschäftigt, wurde vom Schwager des Direktors geohrfeigt. Zur selben Zeit suchte aber die Firma noch im christlichen Metallarbeiterorgan tüchtige Drücker und Gürtler. Mein Liebchen, was willst du noch mehr? Die Mitglieder werden geprügelt und die eigne Organisation sucht noch für eine solche Firma Arbeitskräfte.

Die braven Christlichen. In Berlin hatte das christliche Gewerkschaftskartell an die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften die Aufforderung gerichtet, den Wahlrechtsdemonstrationen fernzubleiben. Gewiß, die braven Zentrumsknechte dürfen ja nicht, denn ihr Protest müßte sich wesentlich gegen die eigene Partei richten, die bisher noch keinen Finger gerührt hat, die Schmach des Dreiklassenwahlsystems abzuschaffen.

Die Katze läßt das Mausen nicht. Der christliche Metallarbeiterverband hat auch in Solingen, allerdings ohne Erfolg, versucht, Arbeiterzersplitterung zu machen. Wahrscheinlich lassen die Belohnungen und „Erfolge" der christlichen Holzarbeiter in Köln verschiedenen Leuten keine Ruhe. Angesichts der Messerschlägerausperrung in Solingen haben die Christenführer im geheimen versucht, eine christliche Sektion der Schlägerarbeiter zu gründen. Der Erfolg war aber gleich Null. Wir möchten den Christlichen empfehlen, sich an die Leitung des Fabrikantenvereins zu wenden. Vielleicht haben sie dann mehr Glück bei ihrem Vorhaben, einen Streikbruch à la Köln und Velbert zu inszenieren. — Als unsre Kollegen im Odenwald ausgesperrt wurden, kamen ja auch die Christlichen, um ihre Minierarbeit zu beginnen.

Frickenhausen (Main). Die Firma Winterfeld hat in Randersacker, Goßmannsdorf und hier mehrere Terrainkäufe erworben. Mit dem Anlegen von Steinbrüchen soll baldigst begonnen werden. Winterfeld besitzt den Main entlang schon größere Sandsteinbetriebe.

Bekanntmachungen der Vertrauensleute.

Lübeck. Der Steinmetz Paul Fromm, geb. 7. Mai 1877 zu Stolp in Pommern, ist von hier abgereist ohne sein Buch in Ordnung zu bringen.

E. Zachow, Kassierer.

Kirchheim. Die Veröffentlichung des Kollegen Max Schuhmann aus Magdeburg in Nummer 6 ist von der Zahlstelle Frankfurt zu Unrecht geschehen.

Xaver Meisinger, Vertrauensmann.

(Wir werden in Zukunft Bekanntmachungen, wo Kollegen aufgefordert werden, ihre eventuellen Pflichten zu erfüllen, strengstens ablehnen. Derartige Einsendungen überweisen wir in Zukunft schonungslos dem Papierkorb. Dieses mögen alle Vertrauensleute zur Notiz nehmen. Bei solchen Veröffentlichungen ist die Redaktion schon öfters getäuscht worden. Die Redaktion.)

Adressen-Aenderungen.

(Bei der Einsendung von Adressenänderungen müssen wir dringend um deutliche Schrift bitten.)

Bautzen. Vorsitzender: Herm. Buckan, Tuchmacherstr. 30, pt. Kassierer: Heinrich Rätsch, Tuchmacherstraße 22, pt.

Bonn. (Neue Zahlstelle im 8. Gau.) Vorsitzender: Theodor Römer, Windmühlenstr. 8. Kassierer: Joh. Baier, Giergasse 25.

Breslau II. Vorsitzender: Paul Dinter, Goethestraße 52. Kassierer: Johann Lausecker, Ohlauer Straße 22, II.

Düsseldorf II. (Neue Zahlstelle im 8. Gau.) Vorsitzender: Andreas Mehlem, Lindenstraße 40. Kassierer: Joseph Huncke, Bogenstraße 2.

Eisenach. Vorsitzender: Fritz Zimmermann, Feldstraße 13. Kassierer: Wilhelm Faber, Westplatz 5.

Frickenhausen a. M. (Neue Zahlstelle im 14. Gau.) Vorsitzender: Martin Meck. Kassierer: Johann Linz.

Löbau. Vorsitzender: Albert Mönch, Bahnhofstraße 11. Kassierer: Wilhelm Fiedler, Mathildenstraße 20.

Löbejün. Vertrauensmann: Karl Bergbauer, Poststraße 99. Kassierer: August Fritsch, Hallisches Tor 357.

Marktbreit. Vorsitzender: Joh. Hartner.

Metz. Vorsitzender: Fritz Schneider, Chausseestraße 181, II. Montigny.

Nack bei Alzey. (Neue Zahlstelle im 9. Gau.) Vorsitzender: Johann Poggenwisch. Kassierer: Franz Dürk II.

Obermörlen. Vorsitzender: Adam Müller.

Ottenhöfen. Vorsitzender: Nagistrir Battista.

Zell a. M. (Neue Zahlstelle im 14. Gau). Vorsitzender: Hermann Höhn, Zell, Post Sand.

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 12. bis mit 17. Februar 1906.

(Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, D. = Delegiertensteuermarken, Ers. = Ersatzmarken, Z. = Zeitungsmarken, St. = Stempel, H. = Hauptbuch, G. = Gesetzbücher, Br. = Broschüre, F. = Farbkissen, Ab. = Abonnement, Ins. = Inserate.)

Düsseldorf, B. 96.—, E. 15.—; Alt-Warthau I, B. 320.—, E. 22.—, Ers. 3.50, D. 10.50, Z. 100.—, Ins. 1.80; Berlin I 320.—; Neundorf I, B. 110.40; Kirchheim, B. 78.12, E. 6.—, Ers. 0.25, Platzbücher 4.—; Dürkheim, B. 65.24, D. 1.—, Z. 2.—; Selb, B. 160.—; Berneck, B. 56.—; Emden (Scheeps), B. 31.60, D. 0.75, Z. 2.—; Stettin, B. 32.—, D. 1.25; Schwarzenbach, B. 320.—, E. 4.50, Z. 78.—, Platzbücher 2.—, Plakat 0.50; Weißenstadt, B. 56.—, Z. 0.50; Zwingenberg, B. 27.20; Nebra, B. 112.—, D. 14.40; Frankfurt a. M., B. 384.—, E. 22.50, D. 12.50, Z. 20.—; Görlitz, B. 96.—, Z. 25.—; Nack, B. 5.88, E. 10.50; Friedenfels, Ab. 2.40; Uelzen, B. 5.—; Calcar, B. 2.80; Recklinghausen, B. 3.—; Döbeln, B. 3.20; Berlin (Vorwärts) 2.—; Breslau II, B. 14.23; E. 23.—; Bonn, B. 5.60, E. 11.—; Krefeld, B. 56.—; Floß, B. 55.20; Frickenhausen, B. 1.75, E. 11.50; Regensburg, B. 56.—, E. 6.50, D. 1.—, Z. 2.—, Futterale 4.—; Rimbach, B. 24.69, E. 2.50; Ströbel, B. 96.—, E. 25; Röcknitz, B. 70.—; Diessen, B. 2.—; Grünsfeld, Ins. 1.20; Ziesar, E. 0.50; Nordhausen, E. 0.50; Leipzig I, Ins. 12.—; Heppenheim, B. 224.—, E. 6.50, D. 3.50; Fürstenberg, B. 2.50; Villmar, B. 45.36, E. 3.—, Ers. 0.25, Z. 9.—; Wetzlar, B. 64.—, D. 7.50; Ottenhöfen, B. 207.76, E. 39.50, Ers. 4.75, E. 29.—, Z. 65.—, St. 1.50, Platzbuch 1.—; Hannover, B. 96.—; Bautzen, B. 56.—, St. 0.75, F. 0.50; Fürstenwalde, B. 2.10; Wiesbaden, B. 88.—, D. 2.50, Ins. 2.—.

Ludwig Geist, Kassierer.

Briefkasten.

Emden, Kittsteiner. Zeitung für Schoeper, Judenstraße 41, liegt bei. — **Hochspeyer, Rimbach, Aue.** Zu unserem größten Bedauern mußten wir die Berichte ablehnen.

Da diese Woche eine Konferenz der Zentralvorstände und Gewerkschaftsredakteure in Berlin tagte, mußte für Nummer 8 schon Montag früh 9 Uhr Redaktionsschluß gemacht werden.

Alois Staudinger.

Anzeigen.

Todes-Anzeige.

Am 9. Februar starb nach 18wöchigem Krankenlager unser Kollege

Johann Pohrer

im Alter von 21 Jahren 2 Monaten an der Berufskrankheit.

Leicht sei ihm die Erde!

1.50] **Zahlstelle Rehau.**

Am 12. Februar starb nach sechswöchigem Krankenlager im Krankenhause zu Dingolfing unser Kollege

Johann Kastelitz

im Alter von 27 Jahren 10 Monaten an der Berufskrankheit.

Ehre seinem Andenken!

1.50] **Zahlstelle München.**

Am 16. Februar starb unser Kollege, der Steinmetz

Franz Benz

im Alter von 39 Jahren 24 Tagen nach dreiwöchigem Krankenlager infolge mehrerer Blutstürze.

Leicht sei ihm die Erde!

1.50] **Zahlstelle Leipzig I.**

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig.
Verlag von Paul Starke in Leipzig.
Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.